

DR. ANDREAS STARIBACHER  
BUNDESMINISTER FÜR FINANZEN

WIEN, DEN 12. September 1995

GZ. 11 0502/341-Pr.2/95

An den  
Herrn Präsidenten  
des Nationalrates

XIX. GP-NR  
1710 IAB  
1995-09-12

Parlament  
1017 Wien

zu 1799 J

Auf die - aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit in Kopie beige-schlossene - schriftliche parlamentarische Anfrage der Abgeordneten Dr. Jörg Haider und Genossen vom 14. Juli 1995, Nr. 1799/J, betreffend Finanzgerichtsbarkeit, beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Zu 1.:

Wie bereits in der Beantwortung der parlamentarischen Anfrage vom 14. Dezember 1993, Nr. 5791/J, erwähnt wurde, wird die Frage der Einrichtung von Finanzgerichten geprüft. Dabei sind außer rechtlichen, auch budgetäre Überlegungen (Personalaufwand) zu berücksichtigen.

Zu 2.:

In Anbetracht der herrschenden Rechtsprechung (z.B. VfGH 30. 6. 1977, B 222/76, Slg. 8112; 5.3.1979, B 107/77, Slg. 8512; 14.10.1987, B 267/86, ÖJZ 1988, 474; VwGH 12.12.1988, 88/15/0017, Slg. 6369F; EKMR 8.10.1991, ÖJZ 1992, 103; 2.9.1992, ÖJZ 1993, 140; Mössner, StuW 1991, 226; Miehsler, in Internationaler Kommentar zur Europäischen Menschenrechtskonvention (MRK), RZ 172 zu Art. 6), wonach die Erhebung von Abgaben nicht unter Art. 6 Abs. 1 MRK fällt, weil sie nicht unter "civil rights" zu subsumieren ist, sehe ich keinen Handlungsbedarf zur Schaffung von Finanzgerichten.

Zu 3.:

Nach Maßgabe der budgetären Möglichkeiten werden die Arbeitsplätze vermehrt mit Personalcomputern ausgestattet.

Ein rascher Abbau der Rückstände durch einen zusätzlichen Personaleinsatz kommt aufgrund der bekannten budgetären Vorgaben derzeit nicht in Frage.

Zu 4.:

Der erwähnte Erlaß des Bundesministeriums für Finanzen vom 6. Juli 1993 macht die Weisungsfreistellung für den Sachbearbeiter und Berichterstatter keinesfalls rückgängig; er ist somit auch nicht gesetzwidrig. Er gibt lediglich - wie in der Antwort zur parlamentarischen Anfrage Nr. 5791/J bereits erwähnt - die Rechtsansicht des Bundesministeriums für Finanzen wieder.

Zu 5.:

Eine über die Verfassungsbestimmung des § 271 Bundesabgabenordnung (BAO) hinausgehende gesetzliche Absicherung der Weisungsfreiheit des Sachbearbeiters und des Berichterstatters halte ich nicht für notwendig. Überlegungen hinsichtlich einer Stärkung seiner Unabhängigkeit werden anlässlich einer allfälligen Umgestaltung des Rechtsmittelverfahrens (allfällige Einführung von "Finanzgerichten") anzustellen sein.

Zu 6.:

Wertgrenzen (gemeint offenbar nach dem Streitwert) sind im Abgabenverfahren aus der Sicht des Bundesministeriums für Finanzen aus folgenden Gründen nicht zielführend:

Es gibt eine Vielzahl von Bescheiden, bei denen überhaupt keine Streitwerte (keine strittigen Abgabebeträge) bestehen, wie z.B. bei Ablehnung eines unbefugten Vertreters gemäß § 84 BAO, Aufforderung zur Namhaftmachung eines inländischen Zustellungsbevollmächtigten gemäß § 10 Zustellgesetz, Verweigerung der Auskunft gemäß § 4 Auskunftspflichtgesetz. Bei Grundlagenbescheiden (z.B. Bescheide über die einheitliche und gesonderte Feststellung von Einkünften gemäß § 188 BAO) ist im Feststellungsverfahren die Auswirkung auf die Abgabenhöhe der einzelnen Beteiligten in der Regel nicht bekannt, sodaß Streitwerte (die Höhe der indirekt strittigen Abgaben) nur mit unzumutbarem Aufwand ermittelbar wären. Hinzu kommt, daß etwa bei Anfechtung eines solchen Bescheides lediglich hinsichtlich der Aussage, der Verlust sei nicht vortragsfähig, die abgabenrechtlichen Auswirkungen erst in den Folgejahren eintreten können (nämlich in den Jahren, in denen den Gesellschaftern allfällige Verlustvorträge zustehen).

Im Berufungsverfahren besteht kein Neuerungsverbot (vgl. z.B. § 280 BAO); daher kann die Partei die Berufung (gegebenenfalls auch mehrfach) erweitern oder ein-

- 3 -

schränken. Jede Erweiterung (Einschränkung) des Berufungsbegehrens hätte stets, sofern es einen Streitwert überhaupt gibt, eine Änderung dieses Wertes und damit auch eine Änderung der Zuständigkeit zur Folge.

Zu 7.:

Wie bereits erwähnt, ergibt sich aus Gründen des Art. 6 MRK kein Handlungsbedarf zu einer Umgestaltung des Rechtsmittelverfahrens, somit auch nicht zu einer Änderung der Senatszuständigkeit.

Änderungen der Senatszuständigkeit als Folge von Überlegungen über die Umgestaltung des Berufungsverfahrens sind jedoch für die nächsten Jahre nicht auszuschließen.

Anlage

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'A. Garbely', is written in a cursive style.

## BEILAGE

## A N F R A G E

- 1.) Werden Sie sich in Ihrer Amtsperiode mit der Schaffung von Finanzgerichten auseinandersetzen ?
- 2.) Sehen Sie angesichts der Judikatur des europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte zu Art. 6 MRK einen Handlungsbedarf, daß Finanzgerichte dem Recht vor dem gesetzlichen Richter wohl am ehesten entsprechen würden ?  
Wenn nein, warum nicht ?
- 3.) Welche Maßnahmen werden Sie setzen, damit die derzeitigen Rechtsmittelrückstände abgebaut werden ?
- 4.) Mit Bundesverfassungsgesetz vom 18.12.1992, BGBl 11/1993 wurden sämtliche Mitglieder der Berufungssenate gem. § 271 BAO weisungsfrei gestellt. Der Erlaß des Bundesministeriums für Finanzen vom 06.07.1993, GZ 05 2401/2-IV/5/93, AO 625 hat diese Weisungsfreistellung für den Sachbearbeiter und Berichterstatter im Berufungssenat letztlich rückgängig gemacht. Somit wurde bei dem Senatsmitglied, dem im Verfahren eine Schlüsselstellung zukommt, alles beim alten belassen. Werden Sie den gesetzwidrigen Erlaß, der eine per Verfassungsgesetz zugesicherte Weisungsfreistellung des beamteten Sachbearbeiters und Berichterstatters rückgängig macht, aufheben ?  
Wenn nein, warum nicht ?
- 5.) Sehen Sie verneinendenfalls eine Möglichkeit durch Novellierung der BAO dem Sachbearbeiter und Berichterstatter seine weisungsfreie Stellung abzusichern, etwa durch Bestellung auf unbestimmte Zeit, Novellierung des § 282 BAO etc. ?
- 6.) Können Sie sich vorstellen, zur Beschleunigung der Rechtsmittelverfahren für Senatszuständigkeiten Wertgrenzen einzuführen ?  
Wenn nein, warum nicht ?
- 7.) Werden Sie die gem. § 260 ABs. 1 BAO monokratischen und somit noch vollkommen weisungsgebundenen Berufsbehörden (für Lohnsteuer, Gebühren- und Verkehrssteuern, Zölle, etc.) in die Senatszuständigkeit des § 260 Abs. 2 BAO aus Gleichheitsgründen sowie aus Gründen des Art. 6 EMRK aufnehmen ?  
Wenn nein, warum nicht ?  
Wenn (teilweise) ja, welche Abgabengebiete ?